



Friedensvermittlung braucht keine Neutralität

Die internationale Sicherheit ist heute viel entscheidender für unsere Sicherheit als die Neutralität. Die Schweiz sollte ihr Potenzial in der Friedensvermittlung stärker zur Geltung bringen. Gastkommentar von Günther Baechler

Vor dem Hintergrund des russischen Angriskriegs gegen die Ukraine erleben wir gerade, wie der Begriff «Neutralität» von verschiedenen Regierungen arg strapaziert wird. Nach dem Motto: Wer Putin nicht verurteilt, wer die Sanktionen nicht mitträgt und wer sich gegen die westliche Allianz stellt, darf sich «neutral» nennen und somit eine Rolle bei der Beendigung des Krieges durch diplomatische Initiativen einfordern.

Suche nach einer Nachkriegsordnung

Neutralität wird so zu einem aus der Rechtsordnung herausgelösten, schwammigen und rein situativen Begriff. Nicht einmal eine offene einseitige Parteinauswahl wird ausgeschlossen. In der Tat wird im Moment von mächtigen Parteien, welche durchaus einseitig agieren, erwartet, dass sie sich für eine Beendigung des Krieges starkmachen. China, aber auch Brics-Staaten, zu denen Russland gehört, und einige afrikanische Staatschefs engagieren sich in diese Richtung. Solche Initiativen sind nicht grundsätzlich falsch. Sie zeigen uns deutlich, dass sich das internationale Umfeld für die Friedensvermittlung gerade bei grossen zwischenstaatlichen Kriegen und internationalisierten Gewaltkonflikten drastisch verändert hat.

Wir sollten uns von der Idee verabschieden, dass es sich beim Krieg in der Ukraine um einen mehr oder weniger symmetrischen Konflikt zwischen Moskau und Kiew handelt, der durch eine neutrale Dritt-Partei allein gelöst werden kann. Vergleichbar mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird es vielmehr darum gehen, eine Nachkriegsordnung zu entwerfen, deren Struktur und Zustandekommen wesentlich von den Siegermächten abhängen wird.

Schon heute muss daher eine europäische bzw. globale Friedenskonferenz ins Auge gefasst werden, die eine verlässliche europäische Friedensordnung mit gemeinsamer und gleicher Sicherheit für alle Staaten – auch die wenigen neutralen – thematisieren muss. Eine solche Konferenz hatte offenbar auch Präsident Wolodimir Selenski im Sinn, als er

anlässlich seiner Rede vor der Bundesversammlung die Schweiz dazu einlud, sich für eine Weltfriedenskonferenz einzusetzen. Er hat explizit nicht gesagt, die neutrale Schweiz solle zwischen Kiew und Moskau vermitteln. Auf einem anderen Blatt als der klassische Krieg zwischen Staaten stehen die zahlreichen innerstaatlichen Konflikte, Bürgerkriege und Unabhängigkeitsbestrebungen. Weltweit machen sie mit rund neunzig Prozent den Hauptteil des aktuellen Konfliktgeschehens aus. Beunruhigend ist, dass sich in den letzten zwanzig Jahren deren Zahl fast verdoppelt hat.

Es ergibt überhaupt keinen Sinn, sich bei deren Bearbeitung auf die Rechte und Pflichten des Neutralen zu berufen oder irgendeine Form der Neutralität – sei sie integraler oder kooperativer Art – zu bemühen. Entscheidend ist bei diesen oft langwierigen Konflikten das ausserordentliche Engagement der von allen Seiten akzeptierten Dritt-Partei. Aber auch hier verliert die Schweiz – trotz dem grossen Engagement der Abteilung Frieden und Menschenrechte (AFM) im EDA – zunehmend an Terrain. Zum einen weiss in der Schweiz kaum jemand von den Aktivitäten der AFM in rund dreissig Ländern (was zum Teil mit der gebotenen Vertraulichkeit erklärt werden kann). Zum anderen – und das wiegt schwerer – profilieren sich Konkurrenten wie Kanada, Norwegen, Schweden, aber auch Katar oder die Türkei teils weitaus stärker und prominenter.

Beispiel Norwegen: Das skandinavische Land ist weder neutral noch bündnisfrei. Die Mitgliedschaft in der Nato hindert Oslo keineswegs daran, sowohl in der Uno als auch bilateral eine äusserst aktive und engagierte Friedenspolitik mit grosser innenpolitischer Verlässlichkeit und hoher internationaler Akzeptanz zu betreiben. Die Regierung ist ausserordentlich umtriebig und vorausschauend, wenn es darum geht, umfassende Vermittlungsdienste anzubieten. Norwegen fokussiert zielstrebig auf wenige Regionen bzw. Länder und engagiert sich dort lange und mit erheblichem politischem Kapital und entsprechenden finanziellen

Neutralität wird zu einem aus der Rechtsordnung herausgelösten, schwammigen und rein situativen Begriff.

und personellen Ressourcen. Norwegen spielt etwa in Kolumbien bei der Initiative «Paz total» von Präsident Gustavo Petro in der ersten Liga, während die Schweiz sich mit der zweiten begnügen muss. Im Juni 2022 konnte ich mich anlässlich des «Oslo-Forums» für Mediatoren davon überzeugen, wie Ministerpräsident Jonas Gahr Store und sein Kabinett geschickt die verschiedenen regionalen Foren dazu nutzten, um engere Kontakte zu strategisch eingeladenen Konfliktparteien zu knüpfen und mit ihnen am Rande über eine Rolle als Dritt-Partei zu sprechen. Wie kann vor diesem Hintergrund Bern sein Potenzial stärker zur Geltung bringen? Neutralität ist keine Voraussetzung für die Friedensförderung und steht nicht im Zentrum der Überlegungen. Während sich der Neutrale auf die Einhegung der Kriegsführung konzentriert, geht es längst und hauptsächlich um das Kriegsführungsverbot mittels einer tragfähigen Friedensordnung für alle.

Persönliche Beziehungen sind zentral

In der Tat ist es eine Stärke der Schweiz, dass sich ihr Interesse an einer effektiven Friedenspolitik auf die Bundesverfassung stützen kann. Dieses Verfassungsgebot kann weder ein einzelner Bundesrat, geschweige eine der Bundesratsparteien einfach ignorieren. Es reicht bei weitem nicht aus, die Friedensförderung an eine Abteilung des EDA zu delegieren und die Friedenspolitik rein technokratisch anzugehen. Bundesrat, Parlament und das gesamte System Schweiz sind verpflichtet, sich zu engagieren und das Profil der Schweiz als Friedensmacht zu schärfen und dauerhaft international zu verankern. Exekutive und Legislative bzw. die gesamte politische Elite müssen die vom Bundesrat nominierten Spezialgesandten und professionellen Mediationsteams aktiv unterstützen und bei kritischen Momenten das politische Gewicht der Schweiz zur Geltung bringen.

Bundesräte müssen öfter ins Flugzeug steigen, um in kritischen Momenten vor Ort zu sein. Gute persönliche Beziehungen auf höchster Ebene sowie ein «whole of government»-Ansatz mit entsprechenden Kompetenzen und Kapazitäten sind das «sine qua non» einer erfolgreichen Friedenspolitik. Ein Engagement der Schweiz bedeutet keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes, sondern ist ein Gebot der Vernunft und der internationalen gemeinsamen Sicherheit. Diese ist viel entscheidender für die nationale Sicherheit als eine längst obsolet gewordene Neutralität.

Die Ziele: Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung, Demokratie- und Menschenrechtsförderung und eine Bekämpfung der Folgen des Klimawandels, nur in einer auf Recht und Kooperation gestützten Weltordnung erreichbar. Neutrale Sonderlinge sind bei der aktiven Bewältigung der enormen Herausforderungen und Risiken nur ein lästiges Hindernis.

Günther Baechler ist Friedensforscher und Mediator. Er war als Schweizer Botschafter und Spezialgesandter in Friedensprozessen engagiert; u. a. Nepal, Sudan, Südkaukasus, Kamerun.